

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 RM. im Voraus, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Vorbestellung 2 RM. 50 Pf. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. In den Bezugsstellen sind die Preise für den Einzelverkauf angegeben. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Nachzahlung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto drückt.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Normalzeile 20 Hfg., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Normalzeile im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachzählungsgeld 20 Reichspfennig. Sonstige und Werbeanzeigen werden nach Möglichkeit in den Morgenstunden abgedruckt. Bei Abrechnung im Voraus 10 Hfg. durch Fernschreiben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Bei Abrechnung im Voraus 10 Hfg. durch Fernschreiben. Bei Abrechnung im Voraus 10 Hfg. durch Fernschreiben. Bei Abrechnung im Voraus 10 Hfg. durch Fernschreiben.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 296 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonntag, den 20. Dezember 1930

Vor-Weihnachten.

Ein rauher Krieger-ton. — Letzte Reserve. — Das rettende Brett.

Zimmer näher rückt Weihnachten, beginnen damit auch die zwölf „heiligen Nächte“, — aber in der politischen Öffentlichkeit ging es noch jetzt, in der Vorweihnachtszeit, sehr unruhig und sehr unheimlich zu. Es ist, als ob man dort immer noch nicht genug hatte an dem, was sich teils auf den Straßen, teils in den Parlamentssälen oder bei allen möglichen sonstigen Gelegenheiten politisch abgespielt hat oder — ereignet wurde. An anderer Stelle tauchte dies doch wieder auf und schrie um so lauter. Im Reichstage war die Debatte über Deutschlands Außenpolitik besonders in der Abrüstungsfrage eingeschränkt worden; also ging es im Auswärtigen Ausschuss ein bisschen turbulent zu, als dort der deutsche Vertreter auf der Genfer Konferenz nun über Verlauf und Ergebnisse berichtet hatte. Ebenso war es mit dem Streit um den Remarque-Film. Im Reichstage konnte die Opposition eine ausgiebige Besprechung dieser Angelegenheit nicht erzwingen; also wurde das vor allem im Reichstage nachgeholt, und zwar sehr deutlich und „gründlich“. In der Regel herrschte dabei nämlich ein „rauer Krieger-ton“, der aber durchaus nicht „herzlich“ war, sondern bisweilen von einer — na, sagen wir einmal: Massivität, die zum nahenden Weihnachtsfest in betrübenden trafen Gegensatz steht. Von außerhalb der Parlamente her löst das Echo jetzt noch schriller und lauter zurück, weil natürlich auch dort ein jeder Parteiredner auf einen Schmelzen anderthalb setzen will und sich dabei in dem zur Gewohnheit gewordenen „parlamentarischen Ton“ von heute anstößt. An die bevorstehenden zwölf „heiligen Nächte“ denkt er dabei wirklich nicht, entwickelt vielmehr einen geradezu hemmungslosen Eifer, den man auch nicht gerade als einen „heiligen“ bezeichnen mag.

Aber mit einem entschiedenen „heiligen“ Eifer hat sich wenigstens der Reichsfinanzminister bemüht, die Aussichten für die kommende Entwicklung des seiner Obhut anvertrauten Reichshaushalts nicht ganz so trübe erscheinen zu lassen, wie es vor einem Jahre leider der Fall war. Damals standen wir mitten in einer Krise drin, der auch der Reichsfinanzminister zum Opfer fiel. Ob der Optimismus aber, mit dem Dr. Dietrich jetzt in die Zukunft sieht, sich als berechtigt erweisen, zur Erfüllung kommen wird, darüber sollte man sich jetzt, in der Zeit vor Weihnachten, keine Sorgen machen. Der Reichsfinanzminister wird es wohl auch nicht tun; denn wenn wirklich unter dem Druck der Krise die Reichseinnahmen zurückgehen, so wird ein gewisser Ausgleich dadurch geschaffen, daß der Gegendruck des allgemeinen Preisabbaues auch die Reichsausgaben senkt. Infolgedessen hat sich Minister Dr. Dietrich — was viel zu wenig beachtet wurde — wiederholt gegen eine ihm dringlich vorgeschlagene Erhöhung der Umsatzsteuer ausgesprochen, eine veraltete Herausforderung höchstens als „letzte Reserve“ bezeichnet, falls der Nettobetrag im Reichshaushalt wesentlich größer werden sollte, als man heute noch annimmt. Außerdem aber würde doch eine solche Mehrbelastung der gesamten Wirtschaft, von der Uterzeugung bis zum kleinen Einzelhändler herab, dem Grundgedanken und dem Ziel der ganzen Steuer- und Finanzreform schnurstracks widersprechen und auch nicht durch die Ansicht zu rechtfertigen sein, sie bedeute eine „allgemeine“ und daher „gerechte“ Erhöhung der Lasten. Denn der Konsument jedenfalls hätte sich geweigert, sie zu tragen, und das wirtschaftspolitische Leitmotiv kann und darf nur eine Verminderung der Steuern sein, die auf der Warenherzeugung und -verteilung liegen, bei ihnen ist es ja nicht möglich, Kosten einzusparen und dadurch auch den Endpreis der Ware zu senken. Und es wäre gar nicht abzusehen, wie die wirtschaftliche Entwicklung bei einer neuen Mehrbelastung verlaufen wäre!

Ist doch aber gerade Vorweihnachten wirtschaftlich entscheidend für das Schicksal weiter Kreise unserer Industrie und unseres Handels und damit auch unserer Arbeiter- und Angestelltenchaft. Für so manchen bedeutet diese Zeit vielleicht noch das rettende Brett, an das er sich festklammern und das ihn in ruhigeres Wasser hinübertragen kann, wo er besser zu schwimmen vermag als in den stürmisch aufgewühlten Bogen der heutigen Krise. Ein großes Sterben ist durch die deutsche Wirtschaft gegangen; wer davon verschont blieb, hat hart zu ringen. Aber wir alle haben wieder einmal gefühlt und spüren es jetzt in der Vorweihnachtszeit härter als sonst: Nicht isoliert, nicht durch scharfe Trennungslinien voneinander geschieden sind Erzeuger, Handel, Verbraucher. Sie durchdringen einander, sind von einander abhängig. Und werden die Interessen des einen durch den anderen wirklich geschädigt, dann bleibt doch die Rückwirkung niemals aus. Alle drei sind, jeder für sich genommen, eben nur Teile oder „Parteien“, die sich bekämpfen, bekriegen, aber damit nur — schädigen können. Alle drei aber sind, zusammengesetzt, erst die Wirtschaft, und also — viel mehr als die Politik — einem bestimmten Wort zufolge: unser Schicksal.

Dr. Pr.

Neuer deutscher Protest gegen Polen

Note der Reichsregierung wegen Pommerellen.

Polnische Ausschreitungen im Korridor.

Die Reichsregierung hat durch den deutschen Generalkonsul in Genf dem gegenwärtig führenden Generalsekretär des Völkerbundes, Marquis Paulucci, eine neue deutsche Protestnote gegen Polen überreicht. Die Note richtet sich gegen die Verletzung der Rechte der deutschen Minderheiten in Pommerellen und Posen anlässlich der letzten Sejmwahlen. Die Note erhebt auf Grund des Artikels 7 des Minderheitenschutzvertrages zwischen den Alliierten und Polen ähnliche Beschwerden gegen die Übergriffe polnischer Organisationen und Einzelpersonen, wie sie in den beiden Oberstufen-Roten erhoben werden. Von der protestierenden deutschen Regierung wird er sucht, im Hinblick auf ihre schwerwiegende Bedeutung die Beschwerden auf die Tagesordnung der Januar-tagung des Völkerbundes zu setzen. Während es sich bei den früheren Beschwerden um deutsche Rechte aus dem deutsch-polnischen Vertrag handelte, stützt sich die deutsche Regierung jetzt auf den Artikel 12 des polnischen Minderheitenschutzvertrages, der einem Mitglied des Völkerbundes das Recht gibt, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verletzung oder jede Gefahr einer Verletzung irgend-einer dieser Verpflichtungen zu lenken. Der Rat ist nach dem gleichen Artikel befugt, alle Maßnahmen zu treffen, die ihm nach Lage der Umstände als angemessen erscheinen. Die deutsche Regierung tritt also in diesem Falle als Mitglied des Völkerbundes auf und das hat ganz besondere politische Bedeutung.

Die Beschwerden.

Eine Fülle von Einzelheiten bringt die neue Note als Begründung für ihre Beschwerden. Die Einschränkung, Beeinträchtigung und Behinderung der Wahlrechte der deutschen Minderheit in Posen und Pommerellen wird deutlich hervorgehoben. Vor der Wahl sind zwölf in der deutschen Wahlpropaganda führende Persönlichkeiten festgenommen

worden. Am 11. November wurden zwei Beauftragte der deutschen Liste auf dem Bahnhof i. Dirschau verhaftet und das Wahlmaterial, das sie bei sich hatten, beschlagnahmt. Sie wurden aber, als sie die Wache verließen, von etwa 15 Polen überfallen und so schwer mißhandelt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Im Wahlkreisbezirk Graudenz wurden deutsche Wahllisten einfach für ungültig erklärt, so daß etwa 20 000 deutsche Stimmen ausfielen. Tausenden von Wahlberechtigten wurde die Abgabe der Stimme verweigert, weil sie nicht die polnische Staatsangehörigkeit besäßen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß ein erheblicher Teil der deutschen Minderheit durch willkürliche und mit den bestehenden Verträgen in keiner Weise zu vereinbarende Maßnahmen von der rechtmäßigen Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen worden ist.

Quertreibern.

Es hat den Anschein, daß man von verschiedenen Seiten in Genf das Minderheitenverfahren erneut zu sabotieren versucht. Wie man hört, hat sich jetzt Südslawien zum Vorsitzenden gemacht. Dem Rat wird im Januar ein südslawischer Antrag vorliegen, wonach dem Kaiserpräsidenten das Recht zur Bildung des üblichen besonderen Ratsausschusses genommen werden soll, der den Protest einer Minderheit gegen die Zulassungserklärung einer Minderheitsbeschwerde durch den Generalsekretär zu behandeln hat, wenn dieser Kaiserpräsident an der vorliegenden Beschwerde interessiert ist. Da im Januar Reichsaussenminister Curtius Kaiserpräsident sein wird, dürfte unter Umständen dieser südslawische Vorstoß Bedeutung gewinnen.

Im Zeichen der Abrüstung.

Neue italienische Kriegsschiffbauten.

Am 28. Dezember wird in Livorno der erste im März d. J. in Arbeit genommene neue italienische 10 000-Tonnen-Kreuzer „Gorizia“ bereits vom Stapel laufen. Anschließend wird auf derselben Werft ein neuer 10 000-Tonnen-Kreuzer auf Kiel gelegt werden, der in noch kürzerer Zeit fertiggestellt werden soll.

Dank des Reichspräsidenten an die Minister.

Anerkennung für die Beamten.

In der kurzen Ministerbesprechung vor dem Fest, die nur der Erledigung einiger laufenden Angelegenheiten galt und die letzte in diesem Jahre war, gedachte der Reichspräsident des Hinscheidens des Gefandten Haufer. Sodann dankte der Kanzler seinen Ministerkollegen für die überaus wertvolle und tatkräftige Mitarbeit, die sie ihm in diesem Jahre namentlich bei Vorbereitung und Durchsetzung der großen Notverordnungen geleistet hätten. Der Kanzler teilte hierauf mit, daß der Reichspräsident ihn ersucht habe, auch in seinem Namen allen Ratsmitgliedern und ihren Mitarbeitern seinen Dank und seine volle Anerkennung für die wertvolle Arbeit, die im vergangenen Jahre zum Besten des Vaterlandes geleistet worden sei, auszusprechen. Der Reichspräsident richtete die Bitte an seine Ministerkollegen, diese Worte des Dankes und der Anerkennung des Reichspräsidenten zugleich in seinem Namen auch ihren Beamten in den einzelnen Ministerien zu übermitteln, ohne deren hingebungsvolle und unermüdete Arbeit die großen Aufgaben nicht hätten gemeistert werden können.

Reichsaussenminister Dr. Curtius trat seine Oberstufenreise an. Er wurde auf dieser von Generalkonsul von Grünau und von dem Vortragenden Legationsrat Reinebeck begleitet.

Die Amerikareiser beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing die aus den Vereinigten Staaten von Amerika zurückgekehrten Reichswehroffiziere Major Freiherr von Waldensels, Oberleutnant Freiherr von Nagel, Oberleutnant Haffe und Oberleutnant Romm, die an den amerikanischen Reiterturnieren in Boston, Newyork und Toronto teilgenommen und dort eine Reihe wertvoller Preise, darunter zwei Nationenpreise, errungen haben. Der Reichspräsident sprach den Erzherrn seine Anerkennung für ihre hervorragenden reitlichen Leistungen aus und überreichte ihnen namens der Reichsregierung die Ehrensporthplatte des Reiches, ferner als persönliches Andenken je eine Reitpeitsche mit Widmung auf silbernem Band.

Beamten beim Reichskanzler.

Die Reichsregierung tritt für sie auf der ganzen Linie ein. Reichskanzler Dr. Brüning empfing in Gegenwart des Reichsministers des Innern, Dr. Birk, und des Reichspostministers, Dr. Schägel, Vertreter der Beamtenorganisationen. Er bat diese Ausdrücke mit ihnen erbeten, um die

Haltung der Reichsregierung zu der Beamtenchaft klarzulegen. Der Reichskanzler erinnerte daran, daß er namens der Reichsregierung versprochen habe, für die Erhaltung eines pflichtgetreuen Beamtenstandes tatkräftig einzutreten. Er könne sich nicht vorstellen, wie die schweren Aufgaben ohne ein treues und zuverlässiges Berufsbeamtenamt zu lösen seien. Namens der Reichsregierung sprach der Reichskanzler die Erwartung aus, daß die Beamtenchaft nach wie vor unverdrossen ihre ganze Arbeitskraft dem Staate hingeben. Er vertraue mit der gesamten Reichsregierung darauf, daß die Beamtenchaft Verständnis dafür habe, daß auch sie materielle Opfer bringen müsse.

Der Reichskanzler versicherte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Reichsregierung die unangenehme Analyse gegen die Beamtenchaft lebhaft bedaure. Da die Reichsregierung es nicht dulden könne, daß die Beamtenchaft zu Unrecht Zielobjekt der öffentlichen Verhetzung werde, werde er, der Reichskanzler, im Interesse des Staates alles tun, um gegen die Verleumdung des Berufsbeamtenstandes vorzugehen und die schweren unbedingten Angriffe von der Beamtenchaft mit Nachdruck abzuwehren. Die Beamtenchaft könne daher zu der Reichsregierung das größte Vertrauen haben.

Gebührensenkung der Reichspost.

Die Vorlage des Reichspostministeriums.

Die Deutsche Reichspost beschäftigt sich mit der Vorlage des Reichspostministeriums über die Senkung verschiedener Gebührensätze. In erster Linie soll die Verbilligung der Industrie und des Handels verbilligt werden. Die Einführung einer 20-Gramm-Stufe für Drucksachen und eines 4-Pennig-Tarifs für die Drucksachen bis 20 Gramm bildet das Hauptstück der Vorlage. Diese Verbilligung des Drucksachenverkehrs zusammen mit der Drucksachenkarte mit anhängender Antwort bedeutet für die Deutsche Reichspost einen jährlichen Einnahmeverlust von rund 18 Millionen Mark. Die Gebühren für Postwurfsendungen sollen auf 2 Pfennig ermäßigt und bei den Paketen von mehr als 10 Kilogramm Gewicht die Kilogrammzuschläge für die zweite bis fünfte Zone um 5 bis 10 Pfennig herabgesetzt werden. Bei telegraphischen Postanweisungen soll die Mindestgebühr auf 2,50 Mark heruntergesetzt und die Staffelung von 50 zu 50 Pfennig bis zur 1000-Mark-Grenze durchgeführt werden. Bezüglich der telegraphischen Aufträge ist eine Ermäßigung um 50 Pfennig beabsichtigt. Für dringende Telegramme soll nicht mehr das Dreifache, sondern nur noch das Doppelte der gewöhnlichen Telegraphengebühr erhoben, der Mindestsatz für ein Brieftelegramm von 1,50 auf eine Mark herabgesetzt werden.

Die Fernsprechargebühren für Ortsnetze bis zu 400 000 Hauptanschlüssen beträgt 8,00 Mark. Bis jetzt lag die Grenze bei 300 000 Hauptanschlüssen, so daß Berlin nach der alten Regelung von 8,00 auf 9,00 Mark hätte erhöht werden müssen. Die monatlichen Pauschalgebühren sollen teilweise ermäßigt werden.

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost hat der Vorlage zugestimmt. Die Gebührensenkung soll, die Zustimmung des Plenums vorausgesetzt, am 1. März 1931 in Kraft treten.